

UMWELT UND ENERGIE: EIN NACHHALTIGES EUROPA SORGT FÜR EINE HOHE LEBENSQUALITÄT

HERAUSFORDERUNG

Die Natur ist unser „Lebenserhaltungssystem“, deshalb müssen wir sorgsam mit ihr umgehen. Gemeinsam nutzen wir Ressourcen wie Wasser, Luft und natürliche Lebensräume. Wir haben zu ihrem Schutz gemeinsame Umweltnormen. Die Europäische Union steht vor der Herausforderung, auf die nachweislich vom Menschen verursachten Veränderungen des Klimas Antworten zu finden und parallel dazu den Treibhausgasausstoß gemäß der Ziele des Pariser Klimavertrages zu reduzieren. Beides sind gewaltige politische Projekte, die eine verbindliche Strategie und langfristige Maßnahmen erfordern. Aufgrund der möglicherweise katastrophalen, destabilisierenden Folgen des Klimawandels ist das dringend notwendig.

Der ökologische Fußabdruck der industrialisierten Welt ist enorm und die Konkurrenz um Ressourcen wird mit der weiteren Entwicklung, dem Wohlstandszuwachs sowie der fortschreitenden Urbanisierung in Schwellenländern stärker werden. Wesentliche Hebel, um diese Entwicklung einzubremsen, wie die Steigerung von Ressourceneffizienz, umweltfreundliche Produktionsverfahren oder Ökoinnovation, bleiben unterentwickelt. Die Müllentwicklung ist nach wie vor besorgniserregend. Ein großer Teil unseres Abfalls landet auf immer größer werdenden Deponien und teilweise auch in den Weltmeeren. Besonders problematisch ist die drastische Zunahme von Plastikmüll, der in Form von Mikroplastik bereits in fast allen Ökosystemen und Nahrungsketten nachweisbar ist und auch für den Menschen eine Gesundheitsgefahr darstellt.

Durch die Intensivierung der Land- und Forstwirtschaft, der damit verbundenen Nutzung von Pestiziden und Monokulturen sowie durch die Ausbreitung von Wohn-, Wirtschafts-, und Verkehrsflächen hat die Artenvielfalt in Europa in den letzten Jahrzehnten stark abgenommen. Gleichzeitig üben invasive Arten zusätzlichen Druck aus. Diese Entwicklungen gefährden nicht nur bestehende Ökosysteme und heimische Arten, sondern haben langfristig negative Auswirkungen auf Landwirtschaft, Gesundheit sowie Natur- und Klimaschutz. Die Agrarförderpolitik orientiert sich an den Fragen von gestern und nicht an den Herausforderungen von morgen.

Obwohl in der EU Energieregeln auf supranationaler Ebene festgelegt werden, muss sich die Union in der Praxis mit 28 (bald 27) nationalen Versorgungs- und Regulierungssystemen auseinandersetzen. Diese werden zusätzlich jeweils stark von innenpolitischen Anliegen und außenpolitischen Standpunkten beeinflusst. Nationale Steuer- und Fördersysteme sind oft nicht an die Notwendigkeiten der Energiewende angepasst und bevorzugen fossile Energiequellen.

Heizen und Kühlen stellen die Hälfte des EU-Energieverbrauchs dar. Gerade grenzüberschreitend gibt es zu wenige Verbindungen innerhalb des Energiesektors. So bleibt die industrielle Abwärme in den Regionen meist ungenutzt, anstatt zum Heizen wiederverwendet zu werden.

Einer der Sektoren, der die CO₂-Bilanz am meisten belastet, ist der Verkehr. Dieser ist oft ineffizient organisiert. Gerade was die internationale Planung innerhalb der EU betrifft, hinkt die Realität den Vorstellungen und Erfordernissen hinterher.

VISION

Die Gesundheit und Lebensqualität der Menschen wird stets verbessert und ist weitgehend sichergestellt. Umweltbedingte Belastungen, Gesundheitsrisiken und Beeinträchtigungen werden sukzessive abgebaut. Die Sauberkeit des Trinkwassers und der Badegewässer ist gewährleistet, die Luftqualität verbessert sich und Lärm wird reduziert. Genauso werden die Auswirkungen schädlicher Chemikalien eingedämmt und weitgehend beseitigt. Energiewende und „Green Economy“ haben sind zukunftsweisende Konzepte und ermöglichen nachhaltiges Wirtschaften auf Basis einer freien Marktwirtschaft. Nach diesen Konzepten wird das Klima geschützt, es werden langfristig Arbeitsplätze geschaffen, die Armut verringert und soziale Stabilität erreicht. Naturräume werden auch im Zusammenwirken mit einer nachhaltigen Landwirtschaft dauerhaft geschützt und die Artenvielfalt gesichert. Nach Ausweisung aller EU-weiten Schutzgebiete gibt es umfassende Managementpläne für schützenswerte Naturräume.

Die EU ist Vorreiter bei der Umsetzung der Ziele des Pariser Klimaabkommens und von COP23. Dabei werden Innovationsfähigkeit und Forschungspolitik in den Mittelpunkt gerückt. Die Dekarbonisierung wird zügig vorangetrieben und Carbon-Management hilft bei der Abschätzung der Wirkung von Investitionen und industriepolitischen Maßnahmen. Kreislaufwirtschaft ist flächendeckend in Anwendung und ermöglicht ressourcenoptimiertes, abfallarmes Wirtschaften ohne Plastikverpackungen und Wegwerfprodukte. Kupfer, Gold und andere Edelmetalle werden aus Elektroschrott zu Kosten, die mit denen des Abbaus von Erzen vergleichbar sind, extrahiert.

Die Energieunion sorgt für eine reibungslose und sektorübergreifende Transformation des Energiesystems in Richtung erneuerbarer Energien, Energieeffizienz und Flexibilität. Sie senkt die Abhängigkeit von öl- und gasexportierenden Ländern. Der EU-Emissionshandel ist ein effizientes Werkzeug der Dekarbonisierung in allen Sektoren und ebnet den Weg für eine europaweite CO₂-Steuer. Regionale Vernetzung im Energiebereich hilft, Versorgungssicherheit zu stärken und länderübergreifende Synergien zu nutzen. Europa wird damit insgesamt wirtschaftlich gestärkt. Grenzüberschreitende Kooperationen führen dazu, dass erneuerbare Energien dort gefördert werden, wo sie am kostengünstigsten erzeugt werden können. Europa gelingt es, zum Innovationsführer eines globalisierungsfähigen Wirtschaftsmodells zu werden. Dem bewussten Umgang mit Energie und anderen Rohstoffen kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Der Personen- und Warenverkehr wird möglichst umwelt- und ressourcenschonend abgewickelt. Fehlentwicklungen wie die "Lagerhaltung durch Lastkraftwagen" gehören der Vergangenheit an.

LEITLINIEN UND MAßNAHMEN

NEUE KONZEPTE FÜR NATURRAUMMANAGEMENT

Die EU hat in den letzten Jahrzehnten mit der einheitlichen Definition von Naturschutzgebieten viel für den Erhalt von Naturräumen und Arten erreicht. Der nächste Schritt müssen Maßnahmen zum weiteren Management dieser ausgewiesenen Gebiete sein. Das wurde bislang vernachlässigt. Wir fordern daher verstärkte Einbindung der Regionen und Impulse, um mehr Bewusstsein für das Thema zu schaffen. Gleichzeitig ergeben sich Beschäftigungsmöglichkeiten, die nicht nur in der Ressourcennutzung, sondern auch im -erhalt liegen. Das reiche Naturerbe und die Artenvielfalt Europas können so auch zukünftig bewahrt werden.

SCHWERPUNKT KREISLAUFWIRTSCHAFT

Effiziente Kreislaufwirtschaft beginnt bereits bei nachhaltigem Produktdesign sowie innovativer Produktentwicklung. Der Einsatz von Einwegkunststoffen und kaum stofflich wiederverwertbaren Verbunden muss drastisch reduziert werden. Weiters müssen Reparaturnetzwerke verstärkt und die Verfügbarkeit von Ersatzteilen von Seiten der Hersteller gegeben sein. Die Zukunft nachhaltigen Wirtschaftens liegt in weitgehend geschlossenen Stoffkreisläufen und in effizienter kaskadischer Nutzung. Die Transformation der europäischen Industrie muss hier einen Schwerpunkt erhalten. So wird der Rohstoffverbrauch sukzessive verringert und damit auch die Importabhängigkeit. Wir bestärken die EU-Kommission daher in ihren Vorhaben, die Kreislaufwirtschaft durch EU-einheitliche Standards für Sekundärrohstoffe zu unterstützen und die Handelbarkeit von Sekundärrohstoffen in der EU zu ermöglichen. Außerdem soll Urban Mining vorangetrieben werden, um mittelfristig mit dem Abbau von Rohstoffen kostenmäßig mithalten zu können. Mit ehrgeizigen Zielen und innovativen Maßnahmen können wir so auch eine globale Vorreiterrolle in Abfallvermeidung sowie Recycling einnehmen.

WEITERENTWICKLUNG DER ENERGIEUNION

Der rasche Ausbau der europäischen Energienetze (TEN-E), vor allem bei Projekten zur Unterstützung grenzüberschreitender erneuerbarer Energie, führt automatisch dazu, dass die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zurückgeht. Je weiter die Netze ausgebaut sind, desto einfacher wird die Integration von erneuerbaren Energieträgern. Als kleine Volkswirtschaft profitiert Österreich besonders von einer Energieunion – wenn auch nicht von

allen Aspekten im gleichen Ausmaß. Die österreichische Regierung soll daher die Vorschläge der Kommission aufnehmen und unterstützen. Die Energieunion muss ganzheitlich angelegt werden. Es müssen Stromnetze sowohl in Qualität als auch in Quantität angepasst werden, um den Umstieg auf ein nachhaltigeres Energiesystem zu ermöglichen. Außerdem sollen Energiespeichersysteme weiterentwickelt und ausgebaut werden. Ohne einen europaweiten Ausbau von Netzen und Speichern stoßen wir mit erneuerbaren Energiequellen schnell an unsere Grenzen.

Neues Strommarktdesign: bessere Anreize und Internalisierung der externen Kosten

Alle Maßnahmen im Energiebereich sind auf ihre Anreizwirkung zu überprüfen. Für die Umwelt kontraproduktive Förderungen müssen zeitnah gestrichen werden – laut Berechnungen des WIFO fließen allein in Österreich 3,8 bis 4,7 Mrd Euro pro Jahr in solche Förderungen. Das aktuell in Verhandlung befindliche neue EU-Strommarktdesign sollte die effiziente Marktintegration der Erneuerbaren sicherstellen. Das Kriterium für Effizienz muss technische und finanzielle Machbarkeit sein. Ein Fördersystem, das Milliarden kostet und gleichzeitig die Versorgungssicherheit gefährdet, kann nicht die Lösung sein. Wir fordern daher ein deutlich marktnäheres Ökostromgesetz.

DEKARBONISIERUNG VORANTREIBEN: EINFÜHRUNG EINER EUROPaweITEN CO₂-ABGABE

Wir fordern die Stärkung der Ökologisierung der Steuersysteme durch eine CO₂-Abgaben-Richtlinie. Die aktuelle Richtlinie zur Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom ist veraltet und nicht ausreichend. Eine Richtlinie für CO₂-Abgaben muss jedenfalls eine einheitliche Bemessungsgrundlage für Emissionen und Mindeststeuersätze beinhalten, um CO₂ – unabhängig davon, um welche Energiequelle es sich handelt – gleichmäßig zu belasten. Damit soll mittel- bis langfristig auf eine europaweite CO₂-Abgabe abgezielt werden. Dem derzeitigen EU-Emissionshandelssystem stehen wir jedoch nicht ablehnend gegenüber. Als Übergangslösung am Weg zur EU-CO₂-Abgabe könnte der Emissionshandel auf weitere Sektoren – vor allem Verkehr, Wärme und Landwirtschaft – ausgedehnt werden.

CARBON-MANAGEMENT FÜR GROßE PROJEKTE EINFÜHREN

Zur Erreichung der COP23-Ziele muss Carbon-Management zur Folgenabschätzung von Großprojekten, insbesondere im Verkehrsbereich, eingeführt werden. Wird durch ein Projekt ein Mehrausstoß von Treibhausgasen generiert, muss anderswo eingespart werden. Das hilft, den Mehrausstoß von Treibhausgasen abzuschätzen und folglich auch Gegenmaßnahmen einzuführen, um europaweit auf dem Zielpfad zu bleiben.

RASCHER AUSBAU DER TEN-V-KERNNETZKORRIDORE (TEN-T CORE NETWORK CORRIDORS)

Das Konzept der Paneuropäischen Verkehrskorridore der EU ist das Rückgrat des effizienten Transports innerhalb Europas. Zur tatsächlichen Umsetzung der Pläne muss man die Nationalstaaten stärker in die Pflicht nehmen, um die großen Lücken des Netzes rasch zu schließen. Um den notwendigen Ausbau zu beschleunigen, sollen europäische Fördermittel innerhalb eines straffen Zeitkorridors ausgegeben werden. Damit wird Transport in Europa schneller und umweltfreundlicher und die Bürger_innen der Union wachsen näher zusammen. Die Wirtschaft wird ebenso gestärkt wie der Schadstoffausstoß vermindert.

neos 